

EURACTIV

LANDWIRTSCHAFTS- BEZIEHUNGER EU-AFRIKA: WIE GEHT ES

SPECIAL REPORT | DEZEMBER 2020

<https://eurac.tv/9Smm>

Mit der Unterstützung von



«Financé par le programme MCAP
de l'Union européenne»

LANDWIRTSCHAFTS- BEZIEHUNGER EU-AFRIKA: WIE GEHT ES

SPECIAL REPORT

<https://eurac.tv/9Smm>

Die Europäische Union gestaltet ihren Umgang mit Afrika neu – in der Hoffnung, langfristig nachhaltige Nahrungsmittelsysteme zu fördern und den Menschen vor Ort zu helfen, mit den Auswirkungen der COVID-19-Pandemie umzugehen.

Die Klimaziele, die in den Green Deal der EU eingebettet sind, haben das Thema Nachhaltigkeit ganz oben auf die Afrika-Agenda der Union gebracht. Das gilt auch für den Bereich Landwirtschaft.

Die Herausforderungen für die Landbevölkerung, die durch die Pandemie entstanden sind, sowie die Notwendigkeit, lokale Lebensmittel besser zu schützen, sollen ebenfalls im Fokus der künftigen EU-Aktivitäten in Afrika stehen.

In diesem Special Report bietet EURACTIV einen Überblick über die neuen Prioritäten der EU-Afrika-Partnerschaft und wagt einen Blick in die Zukunft.



Inhalt

.....

Wegen Pandemie und Klimazielen: Agrar-Beziehungen zu Afrika sollen sich ändern	4
UN-Vertreter: Afrika braucht seine eigene Farm-to-Fork-Strategie	6
EU-Afrika-Beziehungen: Geschützte Ursprungsangaben als Entwicklungsmotor?	9
Für einen Wandel im Lebensmittelsystem braucht es europäisch-afrikanische Partnerschaft	11
Kritik an GAP-Auswirkungen auf Entwicklungsländer nicht gerechtfertigt?	13

Wegen Pandemie und Klimazielen: Agrar-Beziehungen zu Afrika sollen sich ändern

Von: Benjamin Fox | EURACTIV.com



Viele afrikanische Staaten haben die virusbedingte Unterbrechung von Lebensmittelimporten genutzt, um der heimischen landwirtschaftlichen Produktion und der Ernährungssicherheit Priorität einzuräumen.
[SHUTTERSTOCK/PINTO]

Angesichts der weiterhin grassierenden Coronavirus-Pandemie und den verschärften Klimazielen der EU soll sich nun auch die Kooperation mit den afrikanischen Staaten verändern.

Als die Europäische Kommission und die Afrikanische Union (AU) im Mai 2018 eine zwölfköpfige gemeinsame Taskforce für das ländliche Afrika einrichteten, waren ihre Prioritäten die Förderung der

afrikanischen Ernährungssicherheit, die Vermittlung und Weitergabe von Fähigkeiten, die Anpassung an den Klimawandel und Investitionen in das „Agribusiness“ des Kontinents.

Anfang dieses Jahres hat sich das Mandat nun erweitert; und insbesondere die Arbeit an den Zielen für die kommerzielle afrikanische Agrarwirtschaft wurde durch die COVID-19-Pandemie beschleunigt.

Zu den Prioritäten der Taskforce gehören nun sowohl die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie als auch die Umstellung auf ehrgeizigere Klimaziele im Zusammenhang mit dem Green Deal der EU.

Als die Pandemie im März 2020 erstmals Europa und Afrika erreichte, gab es zunächst vor allem Befürchtungen, dass die afrikanische Agrarproduktion durch die Unterbrechung der Lieferketten stark

Fortsetzung auf Seite 5

Fortsetzung von Seite 4

beeinträchtigt werden würde.

Bei der ersten Sitzung einer Taskforce zu den Auswirkungen von COVID-19 auf die Lebensmittelsicherheit und Ernährung in Afrika, die von der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) und der Afrikanischen Union im Mai einberufen wurde, betonte Wolfgang Burtscher von der Generaldirektion Landwirtschaft der EU-Kommission die Bedeutung des Handels und die Rolle der Regierungen, die sicherstellen müssten, dass die Lieferketten nicht unterbrochen werden.

Im April bezeichneten die FAO und die AU das Lebensmittelversorgungssystem als „einen wesentlichen Dienst, der in Zeiten von Lockdown, Notstand, Ausgangssperre und anderen Eindämmungsmaßnahmen weiter funktionieren muss“. Nur so könne sichergestellt werden, dass die landwirtschaftlich geprägten Kommunen und die Lebensmittelversorgung im Allgemeinen geschützt werden.

Geschichten und Hinweise aus einer Reihe von afrikanischen Ländern deuten nun allerdings darauf hin, dass diese trotz des tatsächlichen Rückgangs der landwirtschaftlichen Produktion (um bis zu 25 Prozent) die Pandemie und die damit verbundene Unterbrechung ihrer Versorgung mit Lebensmittelimporten vielmehr genutzt haben, um der heimischen landwirtschaftlichen Produktion und der Ernährungssicherheit Priorität einzuräumen.

Ghana ist eines von mehreren afrikanischen Ländern, die in letzter Zeit einen Anstieg der nationalen Produktion von

Grundnahrungsmitteln wie Reis und Mais verzeichnen. „Die COVID-19-Pandemie ist eine einmalige Gelegenheit für Ghana, um die Nahrungsmittelproduktion zu optimieren, um den heimischen Bedarf zu decken, um unsere Exporte zu steigern und um Arbeitsplätze zu schaffen,“ fasste der ghanaische Landwirtschaftsminister Owusu Afriyie Akoto bereits zusammen.

„Wir sehen, dass immer mehr Unternehmen in die Lebensmittelproduktion einsteigen,“ erklärte auch Botswanas Ministerin für Handel und Investitionen, Peggy Serame, im Gespräch mit EURACTIV.com.

Gleichzeitig folgen die Preise für Grundnahrungsmittel nicht dem Preisverfall, den andere Rohstoffe erlebten. Afrika verzeichnete außerdem lediglich einen leichten Anstieg seines Agrarhandels, da die Länder meist versuchen, ihre eigenen Nahrungsmittelbestände zu halten.

„Das Problem sind nicht die Vorräte oder die Produktion, sondern der Transport dieser Produkte,“ stellt Arif Husain, der Chefökonom des UN-Welternährungsprogramms, fest.

Die Weltbank warnt weiter, dass eine tiefgehende Unterbrechung der Produktions- und Lieferketten nach wie vor „eine Krise der Ernährungssicherheit“ in Afrika auslösen könnte. Wenn es zu weiteren Handelsbeschränkungen kommen sollte, prognostiziert sie einen Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion um bis zu sieben Prozent und einen Rückgang der Lebensmittelimporte um 25 Prozent.

Die EU stellt ihrerseits unterdessen finanzielle Unterstützung und technische Hilfe zur Verfügung. Erst in der vergangenen Woche kündigte

die Europäische Kommission ein Unterstützungspaket von 180 Millionen Euro für Kleinbauern und Fischer in Tunesien an. Im November wurde ein ähnliches Förderprogramm in Höhe von 38 Millionen Euro für Angolas Landwirte aufgelegt, um damit Mais-, Bohnen- und Sorghumsaatgut sowie Düngemittel, Arbeitsgeräte und andere kleinere Ausrüstungsgegenstände zu kaufen.

Anderorts konzentrieren sich Initiativen wie die Europe-Africa Research & Innovation Partnership on Food and Nutrition Security and Sustainable Agriculture (FNSSA) auf Afrikas langfristigen Landwirtschaftssektor.

Die EU und die AU hatten im Juni darüber hinaus eine gemeinsame Agrar- und Ernährungsplattform ins Leben riefen, die den afrikanischen und europäischen Privatsektor miteinander vernetzen soll, um so nachhaltige Investitionen in den Agrarbereich zu fördern.

„Landwirtschaft ist Biologie, und unsere Landwirtschaft ist nur so gut wie unsere Wissenschaft. Das Forum für Agrarforschung in Afrika (FARA) treibt das Ziel der Afrikanischen Union voran, die Anwendung von Wissenschaft und Technologie zu stärken, um den landwirtschaftlichen Wandel in Afrika zu beschleunigen,“ erklärte außerdem Yemi Akinbami, Exekutivdirektor des FARA.

Er weiß: „Als Nachbarn und zunehmend auch als Handelspartner haben Europa und Afrika viele gemeinsame Interessen und können viel voneinander lernen, wenn es darum geht, die Herausforderungen der Zukunft für unsere Ernährungssysteme zu meistern.“

INTERVIEW

UN-Vertreter: Afrika braucht seine eigene Farm-to-Fork-Strategie

Von: Gerardo Fortuna | EURACTIV.com | translated by Tim Steins



Dr. Donal Brown vom Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung der UN (IFAD). [IFAD]

Afrika brauche eine „Farm to Fork“-ähnlich Strategie, um seine Lebensmittelsysteme nachhaltiger zu gestalten, so ein hoher Beamter des Fonds der Vereinten Nationen für ländliche Landwirtschaft. Die EU könne ein Orientierungspunkt sein und im Zentrum dieses Wandels stehen.

Dr. Donal Brown ist stellvertretender Vizepräsident der Abteilung Programm-

Management beim Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung der UN (IFAD).

Mit ihrer Farm-to-Fork-Strategie (F2F, dt. auch „Vom Hof auf den Tisch“) versucht die EU-Kommission, die europäischen Lebensmittelsysteme zu einem globalen Standard im Bereich Nachhaltigkeit zu machen. Glauben Sie, dass dieses F2F-Modell nach Afrika „exportiert“ werden kann?

In Afrika hat die COVID-19-Pandemie gezeigt, wie abhängig die Welt von Kleinbauern ist, und gleichzeitig die Verwundbarkeit der Nahrungsmittelsysteme sowie der Leben und der Existenzgrundlage von Kleinproduzenten verdeutlicht. Ein Großteil von ihnen lebt in Armut und hat aktuell kaum Lebensmittel auf dem Tisch.

Es liegt auf der Hand, dass wir

Fortsetzung auf Seite 7

Fortsetzung von Seite 6

in Afrika Ernährungssysteme brauchen, die in gewisser Weise der „Farm to Fork“-Vision folgen, die also nachhaltig und klimaangepasst sind, die ausreichend nahrhafte Lebensmittel für alle bereitstellen – auch für diejenigen, die sie produzieren – sowie Ernährungssysteme bieten, die effizient und widerstandsfähig sind. Um dies zu erreichen, braucht es politischen Willen, Wissen und finanzielle Ressourcen.

Die Kommission und die EU-Mitgliedstaaten könnten bei der Umgestaltung der Lebensmittelsysteme in Afrika eine zentrale Rolle spielen, indem sie eine Führungsrolle übernehmen, Wissen weitergeben und lokale Lösungen fördern sowie umfangreiche finanzielle Mittel für die landwirtschaftliche Entwicklung bereitstellen. Das würde auch zum Kampf gegen extreme Armut und Hunger sowie zur Erreichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) beitragen.

Welche Herausforderungen ergeben sich aus der Pandemie für die Landbevölkerung auf dem afrikanischen Kontinent?

Während sich die gesundheitlichen Auswirkungen der Pandemie in den ländlichen Gebieten Afrikas bisher in Grenzen halten, haben die wirtschaftlichen Effekte zweifellos zu einem Anstieg von Armut und Hunger geführt.

Ländliche Kommunen in Afrika und deren Bevölkerung sind besonders gefährdet, da die Menschen ohne wirtschaftliche Sicherheitsnetze von der Hand in den Mund leben. Bewegungseinschränkungen und andere Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie haben

dazu geführt, dass viele Kleinbauern ihre Ernte nicht verkaufen konnten und somit kein Einkommen hatten.

Außerdem haben viele Tagelöhner und andere informell Tätige ihre Arbeit verloren. Frauen und junge Menschen waren dabei in der Regel am stärksten betroffen, da sie am häufigsten informell beschäftigt sind.

Was müsste getan werden, um Unterstützung für den Wiederaufbau möglichst zielgenau einzusetzen?

Während Nothilfeorganisationen Hilfe leisten, damit hungernde Menschen jetzt Zugang zu Nahrungsmitteln haben, ist es ebenso wichtig, sicherzustellen, dass es in Zukunft keine hungernden Menschen mehr gibt. Um auf diese Herausforderung zu reagieren, hat der IFAD Kleinbauern in Afrika dabei unterstützt, Zugang zu Betriebsmitteln, Märkten, Informationen und Finanzmitteln zu erhalten, die sie benötigen, um weiterhin Nahrungsmittel anzubauen und zu verkaufen.

Aber es muss noch mehr getan werden. Es ist wichtig, in die Stärkung der Widerstandsfähigkeit der Landbevölkerung in den ärmsten Ländern Afrikas zu investieren, damit sie diese Krise überstehen, ihr Leben schnell wieder aufbauen können und künftige Schocks überstehen.

Ohne Unterstützung droht vielen afrikanischen Ländern ein verlorenes Jahrzehnt: Hunger und Armut könnten weitere Konflikte und Instabilität auslösen sowie Millionen junger Menschen zur Migration zwingen.

Was sind für Finanzinstitutionen wie die Ihre die größten Herausforderungen

bei der Koordinierung einer möglichst internationalen Reaktion für den Wiederaufbau nach der Pandemie?

Es gibt wahrscheinlich zwei besondere Herausforderungen. Die erste besteht darin, schnell, flexibel und effektiv zu reagieren. Dazu haben wir viele unserer internen Abläufe vereinfacht, um unsere bestehenden Investitionsprojekte möglichst schnell umzuwidmen. Außerdem haben wir dank der Unterstützung von Kanada, Deutschland, den Niederlanden, Schweden und der Schweiz zusätzliche Mittel im Rahmen einer „Fazilität zur Unterstützung der armen Landbevölkerung“ ([Rural Poor Stimulus Facility, RPSF](#)) in Höhe von 74 Millionen Euro mobilisiert. Diese soll Aktivitäten finanzieren, die es Kleinerzeugern ermöglichen, ihre Produktions- und Vermarktungskapazitäten zu bewahren.

Eine zweite Herausforderung bestand und besteht darin, die Bedingungen in abgelegenen ländlichen Gebieten genau zu verstehen und sicherzustellen, dass unsere Bemühungen und Lösungsansätze auch den tatsächlichen Problemen der armen Kleinerzeuger entsprechen. Hier haben wir uns weniger auf Daten gestützt – denn die gab es einfach nicht – und mehr auf das lokale Wissen unserer Mitarbeitenden und Partner vor Ort.

Welchen Eindruck haben Sie von der EU-Zusammenarbeit in und mit Afrika?

In den vergangenen sieben Jahren haben der IFAD und die EU ihre Kräfte in wichtigen Bereichen von gemeinsamem und strategischem Interesse gebündelt.

Fortsetzung auf Seite 8

Fortsetzung von Seite 7

Dazu gehören zum Beispiel Agrarforschung mit Fokus auf arme Menschen, Überweisungen für Entwicklung, Unterstützung für Bauernorganisationen und Netzwerke, Partnerschaften zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor sowie Risikomanagement in der Landwirtschaft.

Als Ergebnis der gemeinsamen Zusammenarbeit gibt es inzwischen 17 laufende Vereinbarungen im Wert von 246 Millionen Euro.

Durch die Zusammenarbeit treiben die EU und der IFAD Innovationen in diesen Bereichen voran und haben insbesondere in Afrika, aber auch darüber hinaus, neue Ansätze entwickelt, die inzwischen als entscheidend für das Erreichen der SDGs angesehen werden.

Könnten Sie uns ein Beispiel nennen?

Eine der Initiativen ist der [Yield Uganda Investment Fund](#), eine Partnerschaft zwischen öffentlichen und privaten Investoren, die mit EU-Mitteln über den IFAD eingerichtet wurde.

Der Fonds bietet innovative und maßgeschneiderte Finanzlösungen unter Einsatz von Eigenkapital, Semi-Eigenkapital und Fremdkapital für kleine und mittelgroße landwirtschaftliche Unternehmen und Bauernkooperativen vor Ort.

Dies erzielt eine Wirkung, indem die Gründung neuer Unternehmen oder Produktlinien in Uganda erleichtert, Märkte geschaffen und Dienstleistungen für Kleinerzeuger angeboten werden. Gleichzeitig werden auch Arbeitsplätze für Frauen und Jugendliche geschaffen.

Die EU und IFAD arbeiten auch im Rahmen des sogenannten Agri-Business Capital (ABC) Fonds in Afrika zusammen. Was genau ist das?

Der [ABC Fund](#) ist ein unabhängiger Impact Fund, der in Kleinbauern sowie kleine und mittlere Unternehmen im ländlichen Raum investiert. Diese sehen sich immer wieder Schwierigkeiten ausgesetzt, Zugang zu Finanzmitteln zu erhalten, um ihren Betrieb weiter zu entwickeln.

Seit Beginn der Investitionen Ende 2019 hat der Fonds Bauernkooperativen in der Elfenbeinküste, kleine und mittelgroße Agrarunternehmen in Burkina Faso und Ghana sowie Finanzinstitute in Ecuador, Kenia und Uganda, die ihrerseits Kredite an Kleinbauern vergeben, mit einem Gesamtwert von rund zehn Millionen Euro unterstützt.

In Burkina Faso zum Beispiel gab es Kredite für einen Cashew-Nuss-Verarbeiter, der nach Europa und in die USA exportiert. Damit konnte für über 1.200 Produzenten via Bio- und Fair-Trade-Zertifizierungen Marktzugang sowie sehr gute Preise gesichert werden. Die meisten dieser Produzenten waren Frauen.

Welche Innovationen im Bereich Landwirtschaft könnte die Landbevölkerung Ihrer Ansicht nach brauchen?

Kleinerzeuger benötigen eine ganze Reihe von Innovationen – von landwirtschaftlichen Technologien auf dem Hof über Finanzierungen bis hin zur Marktgestaltung – um lebensfähige, marktorientierte Erzeuger und Unternehmer zu werden. Sie müssen auch Zugang zu Informationen erhalten sowie

das Wissen und die Fähigkeiten entwickeln, um die mit Technologien und Finanzierungen verbundenen Möglichkeiten zu nutzen.

Gerade Internet- und neue Computertechnologien können eine entscheidende Rolle dabei spielen, diese Brücke zu schlagen. Ein Beispiel: Mit Mobiltelefonen – auch ohne Internetzugang – könnten Landwirte auf Beratungsdienste zugreifen, die Tipps zur Produktivitätssteigerung, oder zur Gesunderhaltung des Viehbestands oder auch aktuelle Wetterinformationen anbieten.

Gleichzeitig hat sogenanntes „Mobiles Geld“ der ländlichen Bevölkerung neue Wege zum Zugang zu Finanzdienstleistungen eröffnet: Die [M-Pesa-Initiative](#) hat fast 146 Millionen aktive Nutzerinnen und Nutzer in Afrika südlich der Sahara. Sie macht ganze zehn Prozent der BIP-Flüsse in der Region aus.

EU-Afrika-Beziehungen: Geschützte Ursprungsangaben als Entwicklungsmotor?

.....

Von Gerardo Fortuna | EURACTIV.com | translated by Tim Steins



Penja-Pfeffer aus Kamerun könnte das erste anerkannte g.U.-Produkt in der EU werden, das aus Subsahara-Afrika stammt. [SHUTTESTOCK/JEANLUCICHARD]

Die lange Tradition und enorme Vielfalt afrikanischer Agrarprodukte könnte von einem Sonderschutz in Form von offiziellen Herkunftsbezeichnungen profitieren. Derartige geografische Ursprungsbezeichnungen sind zumindest ein Instrument, das den EU-Produzenten sehr ans Herz gewachsen ist.

Im Laufe der Jahre hat sich in den EU-Ländern das Konzept der geschützten Ursprungsbezeichnungen (g.U.) und geschützten geografische Angaben (g.g.A.) immer stärker durchgesetzt. Dieses soll die Namen bestimmter Produkte so schützen, dass diese nur nach gewissen Methoden

und in festgelegten Regionen produziert werden können. Dadurch würden Qualität und einzigartige Eigenschaften der Lebensmittel gesichert.

Für europäischen Bürgerinnen und Bürger sind solche Erzeugnisse mit den [roten und blauen Etiketten](#) für lokale Spezialitäten im Supermarktregal ein gewohnter Anblick. Die Produktnamen sind darüber hinaus in das EU-System der geistigen Eigentumsrechte aufgenommen, wodurch sie rechtlich vor Nachahmung oder illegaler Nutzung geschützt sind.

Eine kürzlich erschienene [Studie](#)

[der Europäischen Kommission](#), für die Wirtschaftsdaten von insgesamt 3.207 g.U.-geschützten Produkten aus der gesamten EU gesammelt wurden, ergab, dass diese Produkte einen Verkaufswert von 74,76 Milliarden Euro erzielen.

Derartig geschützte Produkte stellen somit eine Erfolgsgeschichte dar – und die EU möchte sie weltweit, insbesondere nach Afrika, exportieren und dort fördern.

Die Afrikanische Union (AU) hat die UN-Lebensmittelagentur FAO ihrerseits bereits um Unterstützung dabei gebeten, ebenfalls eine kontinentweite Strategie für

Fortsetzung auf Seite 10

Fortsetzung von Seite 9

derartige Angaben zu entwickeln. Es ist ein Aufruf, der von anderen globalen Institutionen aufgegriffen wurde, darunter die Europäische Kommission, die französische Agentur für Entwicklung (AFD) und die Weltorganisation für geistiges Eigentum (WIPO).

Die erarbeitete [Strategie für geografische Angaben in Afrika](#) wurde schließlich im Oktober 2017 vorgelegt. Sie erhielt die unmittelbare Unterstützung der EU, die die Angaben als Teil des Protokolls zu den geistigen Eigentumsrechten der Afrikanischen Kontinentalen Freihandelszone (AfCFTA) betrachtet – ein wichtiges Vorzeigeprojekt der AU, bei dem sich die EU verpflichtet hat, volle Unterstützung zu leisten.

CHANCE FÜR DIE ENTWICKLUNG-SZUSAMMENARBEIT?

Der Schutz bestimmter Produkte könnte helfen, die reiche landwirtschaftliche Tradition Afrikas zu bewahren und zu fördern, einen rechtlichen Rahmen für geistiges Eigentum zu schaffen und gleichzeitig zur ländlichen Entwicklung in afrikanischen Ländern beizutragen.

„Es ist ein sehr langer Prozess, aber geografische Angaben stellen ein wirklich gutes Werkzeug für die Entwicklung dar. Und wenn sie erfolgreich sind, können sie der gesamten Lebensmittelwertschöpfungskette, einschließlich der Kleinbauern, einen Nutzen bringen,“ zeigt sich auch Sibylle Slattery, Projektkoordinatorin in der Abteilung Lebensmittel und Ernährung der FAO, im Gespräch mit EURACTIV.com überzeugt.

Sie fügt hinzu, dass geschützte Produkte auch zum Erhalt der

Biodiversität auf dem afrikanischen Kontinent beitragen könnten, da traditionelle Produktionsmethoden ohne den zusätzlichen „Boost“ durch diese Form des Schutzes aufgegeben und vergessen werden könnten.

Aus Umweltsicht könnte eine starke Abhängigkeit von bestimmten Produkten jedoch auch Monokulturen verstärken. Daher unterstützt die FAO Praktiken, diese Lebensmittel mit Methoden wie Agrarökologie zu produzieren, die weniger Auswirkungen auf die Umwelt haben.

Laut Slattery von der FAO sind geschützte Produkte auch auf sozialer Ebene vorteilhaft: Da sie traditionelle Arbeitsweisen und Erzeugnisse fördern, werde die Bauernschaft stolzer auf das, was sie produziert. Darüber hinaus kann die Rolle von Frauen, die für die landwirtschaftliche Produktion in Entwicklungsländern entscheidend sind, gestärkt werden.

BEMÜHUNGEN DER EU

Im Hinblick auf den bevorstehenden 6. AU-EU-Gipfel im kommenden Jahr hat die Generaldirektion Landwirtschaft der EU-Kommission (DG AGRI) einige konkrete Maßnahmen zu geschützten Produkten vorgeschlagen, die alle vom Amt der EU für geistiges Eigentum (EUIPO) unterstützt werden. Das EUIPO ist für die Verwaltung und den Schutz von Marken im EU-Binnenmarkt zuständig.

Eine dieser Maßnahmen wäre die umgehende Registrierung von Penja-Pfeffer aus Kamerun als g.U.-Produkt in der EU. Es wäre das erste derartige in der EU zugelassene Erzeugnis aus Subsahara-Afrika sowie das erste Produkt mit geschützter Ursprungsangabe aus einem afrikanischen Land – mit Ausnahme Südafrikas.

Eine weitere geplante Aktion ist die Veröffentlichung eines Handbuchs über g.U.-geschützte Produkte in Afrika, das von der AU und der EU-Kommission gemeinsam finanziert werden soll.

Seit dem Start der g.U.-Strategie der Afrikanischen Union im Jahr 2017 wurde in der DG AGRI ein Ausschuss eingerichtet, der die Umsetzung der Strategie begleitet. Er setzt sich aus der Kommission der Afrikanischen Union (AUC), den beiden afrikanischen Ämtern für geistiges Eigentum (OAPI und ARIPO) und der Europäischen Kommission zusammen.

FAO, WIPO und EUIPO sind als Beobachter ebenfalls eingespannt.

Die Umsetzung der Strategie hat letztendlich das Ziel, die Probleme beim internationalen Schutz geschützter Produkte zu beheben, indem einheitliche Regeln und Praktiken durchgesetzt werden. Dies soll den Handel fördern und die Positionierung afrikanischer Produkte auf regionalen, kontinentalen und internationalen Märkten verbessern.

Die EU-Exekutive hat außerdem Mittel bereitgestellt, um zusammen mit dem EUIPO ein internationales Kooperationsprojekt namens [AfrIPI](#) zu starten. Es zielt auf die Schaffung, den Schutz und die Durchsetzung von geistigen Eigentumsrechten in ganz Afrika ab.

Für einen Wandel im Lebensmittelsystem braucht es europäisch-afrikanische Partnerschaft

.....
Von: *Natasha Foote* | EURACTIV.com



Es gibt Kritik, dass gerade die Zivilgesellschaft von den Diskussionen zwischen der EU und der AU ausgeschlossen wird. [Shutterstock]

Nach der Coronavirus-Pandemie werde die Zusammenarbeit zwischen der EU und Afrika wichtiger denn je sein, um die Nahrungsmittelsysteme zu stärken und zu transformieren. Es müsse aber darauf geachtet werden, dass eine gleichberechtigte Partnerschaft entsteht, betonen Expertinnen und Experten.

Lindiwe Sibanda, Leiterin des Food, Agriculture and Natural Resources Policy Analysis Network

(FANRPAN), betonte während einer [Veranstaltung](#) über die mögliche Rolle einer nachhaltigen europäisch-afrikanischen Forschungs- und Innovationsplattform im Hinblick auf die Widerstandsfähigkeit von Lebensmittelsystemen, dass Afrika und Europa beide „mit beispiellosen Herausforderungen durch COVID-19 konfrontiert sind, die sich negativ auf unsere Lebensmittelsysteme ausgewirkt haben – wodurch ein kollaborativer Ansatz nun sehr wichtig ist.“

Die Bewältigung dieser Herausforderungen sowie derjenigen, die den Lebensmittelsektor in der Zukunft erwarten, könne nicht auf eigene Faust erfolgen, betonte sie und hob die Notwendigkeit hervor, „globale Partnerschaften“ zu fördern, um die Transformation des Agrarsektors zu unterstützen.

„Wenn wir mit unserem engsten Nachbarn Europa in Sachen Forschung und Innovation zusammenarbeiten, können wir alle Engpässe und Probleme

Fortsetzung von Seite 11

der Ernährungsunsicherheit gemeinsam angehen und die Ernährungslage auf unserem Kontinent verbessern,“ glaubt auch Adipala Ekwamu, Exekutivsekretär des Regionalen Universitätsforums für Kapazitätsaufbau in der Landwirtschaft (RUFORUM).

Er plädiert für gegenseitige Unterstützung der Kommissionen der Afrikanischen und der Europäischen Union, um dieses Vorhaben in die Tat umzusetzen.

Ähnlicher Meinung war auch Hans-Jörg Lutzeyer, Senior Policy Officer in der Generaldirektion Forschung und Innovation der Europäischen Kommission, der die Bedeutung der EU-AU-Forschungs- und Innovationspartnerschaft für Ernährungssicherheit und nachhaltige Landwirtschaft (FNSSA), die Zehnjahres-Roadmap sowie die geplante Plattform für eine langfristige Zusammenarbeit hervorhob.

Diese Plattform soll Stakeholder-Gruppen zusammenbringen, die durch Forschung und Investitionen zu widerstandsfähigeren Nahrungsmittelsystemen beitragen können.

FORSCHUNG UND INNOVATIONEN AUF BEIDEN KONTINENTEN VERKNÜPFEN

Die Veranstaltung fand vor dem Hintergrund des ersten EU-AU-Forschungs- und Innovationsministertreffens in diesem Jahr statt, das von der EU-Innovationskommissarin Marija Gabriel und von Sarah Agbor, der AU-

Kommissarin für Humanressourcen, Wissenschaft und Technologie, ausgerichtet wurde.

Lutzeyer betonte weiter, dass sich die EU-Förderung auf weitere Investitionen durch Horizon Europe konzentrieren werde, zum Beispiel in den Bereichen Pflanzengesundheit, Agrarökologie und Mangelernährung.

Er betonte die Notwendigkeit, Innovationen in afrikanischen Nahrungsmittelsystemen durch gemeinsame Forschung auf beiden Kontinenten zu stärken. „Ich denke, wir sollten weitere Chancen und Möglichkeiten nutzen, wenn wir Netzwerke europäischer Universitäten aufbauen und verknüpfen.“ Dies werde im kommenden Jahr auf der Agenda stehen.

Philippe Petithuguenin, stellvertretender Direktor für Forschung und Strategie von Leap 4 FNSSA, der langfristigen Forschungs- und Innovationspartnerschaft zwischen der AU und der EU, erinnerte hingegen daran, dass die Partnerschaft in beide Richtungen funktionieren müsse und nur dann einen Mehrwert für Europa und Afrika bieten werde, wenn kooperiert wird.

„Wir lernen voneinander; jeder Kontinent lernt vom anderen Kontinent,“ betonte er.

Petithuguenin wies weiter darauf hin, es handle sich nicht um ein Hilfsprogramm und unterstrich, dass die Herausforderungen und Umstände zwar unterschiedlich sein mögen, die beiden Parteien aber ein gemeinsames Ziel verfolgen müssten:

„Damit diese Plattform effizient ist und eine Partnerschaft wird, die kein reines Hilfsprogramm ist, müssen wir eine Angleichung der Visionen erreichen und zusammenarbeiten. Der Schlüssel dazu ist, dass beide Kontinente und ebenso alle Stakeholder an Bord sind.“

Insbesondere die Stimmen von Kleinbauern, Verbrauchern und zivilgesellschaftlichen Organisationen müssten dementsprechend gehört werden, forderte er.

Seine Kommentare kommen vor dem Hintergrund der Kritik, dass gerade die Zivilgesellschaft von den Diskussionen zwischen der EU und der AU ausgeschlossen wird.

Diese Organisationen warnen, der Prozess dürfe nicht zu einer „Top-Down-Aktion“ der politischen Eliten werden.

Kritik an GAP-Auswirkungen auf Entwicklungsländer nicht gerechtfertigt?

.....

Von: *Natasha Foote* | EURACTIV.com | translated by *Tim Steins*



Kritiker bemängeln, die EU-Agrarpolitik „bestrafe“ Kleinbauern in Entwicklungsländern, die sich einem unfairen Wettbewerb mit europäischen Konzernen gegenüber sehen. [SHUTTERSTOCK]

Kritiker, die die Auswirkungen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU auf Entwicklungsländer in Afrika monieren, haben nach Ansicht eines GAP-Experten eine „übertriebene Sicht“ auf die Bedeutung der GAP außerhalb Europas. Einige spezifische Bereiche und bestimmte Produkte geben dennoch weiterhin Anlass zur Sorge, räumt auch er ein.

Auf globaler Ebene macht die EU etwa 15 Prozent des Welthandels aus; sie sei also „keineswegs ein dominanter Akteur“, so Alan

Matthews, ehemaliger Professor für europäische Agrarpolitik am Trinity College in Dublin.

Im Gespräch mit EURACTIV.com betont er, das Export-Wachstum lasse sich hauptsächlich auf Asien und nicht auf Afrika zurückführen. Er weist jedoch auch darauf hin, dass die EU eine engere Beziehung zu Westafrika pflege, wo EU-Produkte etwa 50 Prozent der Importe ausmachen.

Seine Kommentare kommen vor dem Hintergrund einer intensiven Auseinandersetzung mit der

GAP in den vergangenen Jahren, wobei Kritiker bemängeln, die EU-Agrarpolitik „bestrafe“ insbesondere Kleinbauern in Entwicklungsländern, die sich einem unfairen Wettbewerb mit europäischen Erzeugern und Konzernen gegenüber sehen.

Diese unzweifelhaft bestehenden Probleme würden jedoch oft überschätzt oder missverstanden, meint Matthews: „Wenn man es aus einer globalen Perspektive betrachtet, konzentriert sich die Kritik an der GAP vor allem auf eine Handvoll Produkte“, sagt er und hebt dabei Milchpulver,

Fortsetzung von Seite 13

gefrorenes Geflügel, Zwiebeln und Tomatenmark hervor.

Mit diesen Produkten hatte er sich auch in einem [Bericht für das Jahr 2019](#) eingehend beschäftigt. Dabei ging es um die „sehr spezifischen Probleme bei diesen Produkten und in dieser Region, und nicht um die allgemeine Kritik, dass die GAP die EU-Exporte generell subventioniert,“ fügt Matthews hinzu.

NEGATIVE SICHT AUF DIE GAP „VERALTET“?

Ein Großteil der Missverständnisse und Kritik im Zusammenhang mit der GAP sei veraltet und stamme aus der Zeit, als die EU noch aktiv Exportsubventionen einsetzte, so Matthews. Obwohl die Kritik zu dieser Zeit „völlig berechtigt“ gewesen sei, ist sie heute nicht mehr das Hauptthema, betont Matthews, der sich selbst als „ausgesprochenen Kritiker“ der GAP sieht.

Erfügt jedoch hinzu, dass es immer noch einige spezifische Bereiche gibt, die in der EU-Agrarpolitik Anlass zur Sorge geben. Insbesondere weist er darauf hin, dass die sogenannte [gekoppelte Stütze](#) im EU-Milchsektor weiterhin Anwendung findet. Wirtschaftlich mache dies zwar nicht viel aus, sei aber dennoch eine „legitime Quelle der Kritik“.

Eine Reduzierung oder Abschaffung der gekoppelten Stütze wäre demnach ein Schritt in die richtige Richtung. Es sei aber nicht davon auszugehen, dass dies in absehbarer Zeit auf der Tagesordnung der EU stehe, so der Forscher.

In anderen Bereichen, wie beispielsweise bei der internen

Konvergenz, zeigt sich Matthews optimistischer, obwohl vieles vom Ergebnis der laufenden Verhandlungen über die Zukunft der GAP zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Kommission abhängen dürfte.

WERBUNG FÜR DIE PRIVATWIRTSCHAFT

Aus Matthews Sicht ist es dennoch wichtig, die Auswirkungen der EU-Politik in anderen Ländern weiterhin im Auge zu behalten – vor allem angesichts der Tatsache, dass mit der COVID-19-Pandemie die Zahl der Hungernden wahrscheinlich deutlich ansteigen wird und dass Länder mit weniger Reaktionsmöglichkeiten am heftigsten betroffen sein dürften.

„Es besteht kein Zweifel, dass diese Länder stärker betroffen sind. Ich bin nur nicht wirklich davon überzeugt, dass die GAP ein derart relevantes Instrument diesbezüglich ist,“ fasst er zusammen und erinnert, dass afrikanische Länder bereits komplett zollfreien Zugang zum EU-Markt haben.

Matthews ist daher sicher: „Was benötigt wird, ist Entwicklungsunterstützung, und weniger etwas, das wir im Rahmen der GAP tun können.“

Matthews fügt hinzu, dass die Entwicklung von öffentlich-privaten Partnerschaften ebenfalls ein effektiverer Weg für positive Veränderungen sein könnte als die GAP.

Er warnt jedoch, dass dies mit Vorsicht angegangen werden müsse, da bei Investoren in Afrika nicht unbedingt die Armut der

Menschen vor Ort im Fokus stehe. Dennoch: „Wenn man das betriebswirtschaftliche Know-how privater Unternehmen nutzen kann und dazu noch etwas öffentliches Geld, könnte sich tatsächlich ein gutes Programm entwickeln.“

Als Beispiel verweist er auf Molkereeriesen wie den irischen Milchverarbeiter Arla und den Nahrungsmittelkonzern Glanbia. Beide betreiben Fabriken in Nigeria.



Weitere
Informationen
zu Special Reports
von **EURACTIV...**

Kontaktieren Sie uns

Gerardo FORTUNA

Agriculture & Health Editor
gerardo.fortuna@euractiv.com
tel. +32 (0) 2 788 36 69

Teresa DOMINGUEZ

EU Affairs Manager
teresa.dominguez@euractiv.com
tel. +32 (0) 47 601 78 26